

Das Phänomen der wechselseitigen Beteiligungen aus juristischer Sicht

**Herleitung und Entwicklung
von Vorschlägen für
eine gesetzgeberische Reform**

von

Dr. Ulrich Wastl
Rechtsanwalt in München

Dr. Franz Wagner
Rechtsanwalt in München



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · New York · Paris · Wien

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	5
-------------	---

Kapitel A.

Vorbemerkung/Vorwort.....	11
---------------------------	----

I. Zum Inhalt und Gegenstand des Gutachtens	11
---	----

II. Zur Methodik des Gutachtens	12
---------------------------------------	----

III. Zur Vorgehensweise bei der Herleitung und Entwicklung von Vorschlägen für die Reform der gesetzlichen Grundlagen zum Phänomen der wechselseitigen Beteiligungen.....	13
---	----

Kapitel B.

Der vom Gesetzgeber zu bewältigende Sachverhalt und erste system- immanente Lösungsansätze	15
---	----

I. Begriff der wechselseitigen Beteiligungen.....	15
---	----

II. Ein konkretes Beispiel: Die sogenannte Deutschland AG.....	18
--	----

III. Konsequenzen bei Vorliegen wechselseitiger Beteiligungen - Ver- gleich mit allgemeinen Prinzipien	20
---	----

1. Verselbständigung der Verwaltungen durch das Entste- hen von Verwaltungsstimmrechten	21
--	----

a) Allgemeines.....	21
---------------------	----

b) Bestimmung der schädlichen Quote anhand von gesetzlichen Wertungen.....	24
---	----

c) Abstimmungsgegenständlich bezogener Stimm- rechtsausschluß.....	26
---	----

d)	Erste Zusammenfassung	28
2.	Mißbrauchspotential.....	29
3.	Gefahr der Kapitalverwässerung	33
a)	Allgemeines.....	33
b)	Der Streit um die zutreffende Korrektur	35
4.	Sonstige Konsequenzen - Konzentrationstendenzen sowie das interdependente Verhältnis zur Bankenmacht	40
IV.	Fazit	42

Kapitel C.

Gesetzgeberische Lösungsmodelle.....45

I.	Die Lösung des bundesdeutschen Gesetzgebers für Aktiengesellschaften und KGaA als wechselseitig beteiligte Unternehmen - zugleich Kritik	45
1.	Die gesetzliche Regelung im Überblick.....	45
2.	Die gesetzliche Regelung in Einzelheiten, zugleich Kritik....	48
a)	Überschreiten der 25 %-Grenze durch beide Unternehmen	48
b)	Fehlendes Regulativ bei geringer Hauptversammlungspräsenz	50
c)	Keine Anordnungen betreffend die bilanzielle Behandlung	51
d)	25 %-Quote nur maßgeblich für das zweite diese Grenze überschreitende Unternehmen	52
e)	Ringbeteiligungen.....	53

f)	Einschaltung ausländischer Gesellschaften.....	53
g)	Abhängigkeitsverhältnisse	55
h)	Die Übergangsregelung des § 6 EG-AktG	57
i)	Pauschale Erfassung aller Rechte aus Anteilen.....	57
II.	Andere gesetzliche Regelungsstatute	58
1.	Bundesdeutsche Gesetze für wechselseitig beteiligte GmbH - die Lösung für den Mittelstand	58
2.	Italien.....	60
3.	Frankreich	62
4.	Schweiz	65
5.	EU-Richtlinien.....	67

Kapitel D.		
Zusammenfassende Schlußbetrachtung und Skizzierung der Forde- rungen an den Gesetzgeber		69
I.	Exkurs: Die historische Entwicklung der aktienrechtlichen Be- stimmungen zu wechselseitigen Beteiligungen.....	69
II.	Unser systemimmanentes "Minimallösungsmodell"	71
III.	Unser - in der jetzigen Situation - optimales Lösungsmodell.....	75
IV.	Abschließendes Fazit und Ausblick	78

Abkürzungsverzeichnis.....	81
Literaturverzeichnis.....	85
Stichwortverzeichnis.....	89
Anlage	93